

Niederschrift

Gremium	Sitzung - KRB/030(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten	Donnerstag, 17.03.2022	Hansesaal	17:00 Uhr	17:45 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2022
- 4 Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen A0206/21
- 4.1 Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen S0060/22
- 5 Aufstellung von Wartehäuschen an der neu eröffneten Straßenbahnstrecke im Kannenstieg A0252/21
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Norman Belas

Mitglieder des Gremiums

Olaf Meister

Hans-Joachim Mewes

Tim Rohne

Roland Zander

Sachkundige Einwohner/innen

Bernhard Sterz

Geschäftsführung

Britta Becker

Matthias Kleiser (Vertr. für SR Kohl)

Barbara Jutta Tietge (Vertr. für SR'in Schuman)

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Hagen Kohl

Carola Schumann

Sachkundige Einwohner/innen

Armin Minkner

Frank Stiele

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Ausschusses für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten und begrüßt die Stadträtinnen und Stadträte sowie die Vertreter der Verwaltung. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Über die Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 23.02.2022

Herr Meister bittet um eine redaktionelle Änderung in der Anwesenheit. Er war zu der Sitzung am 23.02.2022 nicht anwesend. An seiner Stelle muss Herr Bublitz stehen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

4. Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen
Vorlage: A0206/21

Herr Scheel, Tiefbauamt, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Zu dem Satz „Die Straßenverkehrsbehörde legt nicht die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) aus, sie wendet die StVO an“ in der Stellungnahme äußert **Herr Meister**, das dieser rechtlich falsch ist. Er unterstützt den Antrag.

Herr Sterz bekräftigt die Aussage von Herrn Meister.

Herr Mewes hält die Stellungnahme für oberflächlich, und nun ist sie auch noch juristisch falsch. Im Norden der Stadt wurde auch schon einmal eine Lärmschutzwand verlängert. Dies ging auch ohne Bedenken. Er bittet um Überprüfung der Stellungnahme und ggf. um Erarbeitung einer neuen Stellungnahme.

Herr Scheel legt dar, dass die Straßenverkehrsbehörde die StVO anwendet. Die Verwaltung hat noch eine Verwaltungsvorschrift, die sie zur Durchführung der StVO anwendet. Die Verwaltung hat wenig Spielraum zur Auslegung der StVO. Die StVO hat mir baulichen Anlagen nichts zu tun. Sie regelt den Verkehr. Die Stadt kann lediglich etwas nachbessern. Das Ansinnen des Antrages richtet sich an Bundes- und Landesbehörden.

Herr Belas äußert, dass eine Stellungnahme bezüglich des Verweises auf die Bundes- und Landesbehörden vielleicht besser gewesen wäre.

Herr Rohne vertritt die Auffassung, dass der erste Satz der Stellungnahme alles aussagt.

Herr Zander ist der Meinung, dass der Antrag wegen Unzuständigkeit hier nicht her gehört. Die Verwaltung kann den Antrag nicht umsetzen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

- 4.1. Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz
und Lebensqualität in den Stadtteilen
Vorlage: S0060/22
-

Der Ausschuss für kommunale Rechts- und Bürgerangelegenheiten nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Aufstellung von Wartehäuschen an der neu eröffneten
Straßenbahnstrecke im Kannenstieg
Vorlage: A0252/21
-

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

6. Verschiedenes
-

Herr Meister bittet um einen aktuellen Sachstand zum Hochwasserschutz in Salbke. Er fragt weiterhin zur Unterbringung der ukrainischen Flüchtlinge in den Messehallen nach. Er hat von mehreren Seiten kritische Anmerkungen gehört, z.B. das das THW nicht vor Ort ist oder das keine Dolmetscher anwesend sind.

Herr Belas informiert, dass Frau Borris im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes KKM geäußert hat, das hier das Problem ist, das keiner weiß, wieviel Leute kommen.

Herr Meister wird Frau Borris direkt ansprechen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Norman Belas
Vorsitzender

gez. Britta Becker
Schriftführerin